

5350_u1/AB XX.GP

Zu. 16.812/72 - III/B/7/98

Konferenz der Bildungsminister der Europäischen
Union. Baden bei Wien, 23./24 Oktober 1998

**Mündlicher, schriftlich vorgelegter
V o r t r a g a n d e n M i n i s t e r r a t**

Am 23./24. Oktober 1998 fand in Baden bei Wien unter meinem Vorsitz die Konferenz der Bildungsminister der Europäischen Union statt.

Am ersten Sitzungstag waren neben den EU - Bildungsministern auch die EFTA/EWR - Staaten Norwegen, Island und Liechtenstein, die amtsführenden Präsidenten der Landesschulräte, Mitglieder des Europäischen Parlaments sowie des österreichischen Nationalrats vertreten.

Auf der Grundlage eines Arbeitspapiers der österreichischen Präsidentschaft und von Thesen - papieren, die von österreichischen Experten erstellt worden waren, fand eine Diskussion der Bildungsminister zum Thema „Bildung ist mehr“ statt. Ziel der Beratung war es, Zukunftsperspektiven für die Entwicklung der Bildungslandschaften in den EU - Mitgliedstaaten und für Europa herauszuarbeiten.

In meiner Einleitung führte ich aus, dass Europa auf Grund der Herausforderungen des 21. Jahrhunderts eine flexible Bildungspolitik benötige. Die gesamte Persönlichkeit des jungen Menschen muss entwickelt und gebildet werden. Neben dem kognitiven Wissen und den Schlüsselqualifikationen sind Kreativität, Kunst, Kultur und Wertevermittlung wichtige Bildungsfaktoren.

S. Em. DDr. Franz Kardinal König, Alterzbischof der Erzdiözese Wien, zeigte in seinem Eröffnungsreferat „Bildung - Ein Haus auf festem Grund“ auf, dass Bildung über Schule und Berufsbildung hinausgehe und die Aspekte der Wissensvermittlung, Berufsbildung und Persönlichkeitsbildung umfasse und Orientierung und Hilfestellung für die jungen Menschen bieten müsse.

Frau Kommissarin Cresson stellte fest, dass Bildung transversale Kompetenzen, wie Kreativität, Flexibilität, Anpassungsfähigkeit, Lernfähigkeit und Problemlösungskompetenz umfasse. Die Schule sei ein „Ort des Lebens“; die Rolle der Lehrer gehe dabei über die reine Wissensvermittlung hinaus. Die Frage der Werterziehung sei dabei eine zentrale Frage, die Grundausbildung solle auch eine religiöse Bildung umfassen. Weiters müsse die Bekämpfung der sozialen Ausgrenzung vor- dringlich verwirklicht werden.

Frau Ministerin Baroness Blackstone (Vereinigtes Königreich) führte aus, dass Bildung zumindest Beiträge liefern müsse:

- zur Beschäftigungsfähigkeit durch Vermittlung von Grundfertigkeiten; die Qualifikationen und Fähigkeiten müssten an die neuen Anforderungen angepasst werden;
- zum Umgang mit Kunst und Kultur;
- zur Förderung einer aktiven und verantwortungsbewussten Bürgerschaft.

An der anschließenden Diskussion beteiligten sich alle Mitgliedstaaten sowie die EFTA/EWR - Staaten.

Der zweite Sitzungstag fand im Kreis der EU - Bildungsminister sowie der Kommission und des Generalsekretariats des Rates statt.

Zum Tagesordnungspunkt "**Beratungen zur neuen Generation der europäischen Bildungs und Berufsbildungsprogramme SOKRATES und LEONARDO**" kann die Diskussion wie folgt zusammengefasst werden:

Programmlaufzeit: Die Mitgliedstaaten begrüßten mehrheitlich eine Laufzeit von sieben Jahren. Einige Mitgliedstaaten knüpften eine siebenjährige Laufzeit an die Bedingung einer proportionalen Erhöhung der Programmbudgets und an eine Zwischenevaluation der Programme. Lediglich das Vereinigte Königreich trat für eine Laufzeit von fünf Jahren ein.

Budget: Sieben Mitgliedstaaten (Belgien, Luxemburg, Spanien, Portugal, Italien, Griechenland Irland) stimmten dem von der Kommission vorgelegten Haushalt von 1.400 MECU für SOKRATES II und 1.000 MECU für LEONARDO DA VINCI II (bei fünfjähriger Laufzeit) zu. Bei einer Laufzeitverlängerung müsse eine proportionale Mittelaufstockung erfolgen. Drei Mitglied - Staaten (Deutschland, Frankreich, Finnland) konnten noch keine Position beziehen. Die anderen Mitgliedstaaten unterstrichen in ihren Wortmeldungen die Wichtigkeit der Budgetdisziplin und traten für einen Ausgleich im Rahmen des Gesamthaushalts ein.

Budgetverteilung auf die einzelnen Maßnahmen in SOKRATES II: Mit einer Ausnahme (Portugal) traten alle Mitgliedstaaten für eine indikative Budgetaufteilung ein.

Dezentralisierung im Antrags- und Auswahlverfahren von SOKRATES II: Alle Mitgliedstaaten forderten eine stärkere Dezentralisierung; auch das Konzept eines zweistufigen Antrags - verfahrens fand breite Zustimmung.

LEONARDO DA VINCI II: Das Konzept des „Europas des Wissens“ wurde einstimmig begrüßt“ einige Mitgliedstaaten nahmen ihre diesbezüglichen Vorbehalte zurück. Dem Konzept des „europäischen Bildungsräumes“ stehen jedoch nach wie vor einzelne Mitgliedstaaten (insbesondere das Vereinigte Königreich) kritisch gegenüber und schlagen statt dessen vor, von einem „europäischen Raum der Zusammenarbeit“ zu sprechen.

Frau Kommissarin Cresson begrüßte die Abstimmung der Abstimmung der Programmdiskussion unter der österreichischen Präsidentschaft, die einem integrativen Ansatz entspreche. Das „Europa des Wissens“ werde durch die Programme gefördert. Sie sprach sich für eine fünfjährige Laufzeit aus. Dezentralisierung, Komplementarität und Vereinfachung der Verfahren seien auch für die Kommission wichtige Anliegen.

Die Rubrik 3 solle auch aus Sicht der Kommission nicht überschritten werden.

Zum Tagesordnungspunkt "Die Harmonisierung der Architektur der europäischen Hochschulbildung (Sorbonn - Erklärung)" leitete Italien die Diskussion ein: Die Sorbonne - Erklärung leiste einen Beitrag zum Abbau von Hindernissen und zur Förderung von Zusammenarbeit und Mobilität in Europa. Mobilität müsse durch die Schaffung eines europäischen Bildungsraumes erleichtert und gefordert werden. Dafür benötige man eine Transparenz der Abschlüsse. Italien richtete einen Appell an alle Mitgliedstaaten zur gemeinsamen Umsetzung der Erklärung und sprach eine Einladung für eine Ministerkonferenz in Bologna im April 1999 aus.

In der anschließenden Diskussion bedankten sich die Mitgliedstaaten für die von Italien präsentierte Hintergrundinformation, merkten allerdings auch kritisch an, dass die Vorgangsweise bei der Abfassung der Erklärung lediglich durch vier große Mitgliedstaaten Frankreich, Vereinigtes Königreich, Italien, Deutschland) nicht ihre Zustimmung finden könne. Dennoch sei man an einer künftigen Zusammenarbeit sehr interessiert. Portugal gab zu verstehen, dass jegliche Harmonisierung der Hochschulsysteme ausgeschlossen sei.

Österreich wies darauf hin, dass dieses Thema unter österreichischem Vorsitz im Rahmen der Tagung der Generaldirektoren und der Vorsitzenden der Rektorenkonferenzen vertieft werden wird.

Frau Kommissarin Cresson begrüßte die Initiative und betonte dass die Umstrukturierung der Hochschulsysteme ein aktuelles Thema in allen Mitgliedstaaten sei.

Ich stelle daher im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Wissenschaft und Verkehr den

A n t r a g ,

die Bundesregierung wolle die Information über die Konferenz der Bildungsminister der Europäischen Union vom 23./24. Oktober 1998 zur Kenntnis nehmen.

Anlage konnte nicht gescannt werden !!